

Gastkommentar

Auf die Kanzlerin kommt es an

von Thomas Gschwend und Helmut Norpoth

Für die Wahrscheinlichkeit einer CDU/CSU-FDP-Koalition nach der Wahl ist die Sonntagsfrage ein schlechter Indikator. Über Schwarz-Gelb entscheidet vor allem Merkels Popularität. Ein alternatives Prognosemodell.

Thomas Gschwend ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Mannheim.

Helmut Norpoth ist Professor für Politikwissenschaft an der State University of New York.

Bei der Bundestagswahl im Herbst zeichnet sich eine neue Mehrheit ab unter Leitung der amtierenden Regierungschefin. Die Deutschen mögen Angela Merkel. Die aktuellen Popularitätswerte der ersten Kanzlerin in der Geschichte der Bundesrepublik sind im Vergleich zu denen ihres Herausforderers Frank-Walter Steinmeier von der SPD auf einem historischen Hoch.

Seit der Wiedervereinigung war der Abstand zwischen den Popularitätswerten eines amtierenden Kanzlers und des Herausforderers noch nie so groß. Sofern die Popularitätsraten der Spitzenkandidaten stabil bleiben, wird Merkels Popularität entscheidend sein, um einer von ihr geführten CDU/CSU-FDP-Koalition eine absolute Mehrheit der Zweitstimmen zu sichern.

Diese Erkenntnis verdanken wir einem von uns entwickelten Prognosemodell, das sich bei den letzten beiden Bundestagswahlen bewährt hat. Abgeleitet von theoretischen Ansätzen zur Erklärung des Wahlverhaltens haben wir ein statistisches Modell entwickelt, das bereits im Sommer vor den letzten beiden Bundestagswahlen 2002 und 2005 exakte Vorhersagen liefern konnte und den richtigen Sieger auswies.

Dagegen lagen die Ergebnisse der Meinungsforschungsinstitute, basierend auf den Umfragewerten der Parteien, daneben. Unser Verfahren lieferte einen Monat vor der Wahl sogar genauere Werte für die Regierungskoalitionen als alle etablierten Meinungsforschungsinstitute einschließlich deren 18-Uhr-Prognosen am Wahlabend selbst.

Bei der Entwicklung unseres Vorhersagemodells stand die Frage im Mittelpunkt, was wir aus früheren Bundestagswahlen lernen können. Uns interessierte dabei insbesondere der gemeinsame Stimmenanteil der jeweiligen Regierungskoalition. Betrachtet man diesen Wert, reduziert sich die Wahlentscheidung zwischen beliebig vielen Parteien auf zwei Alternativen: die Wahl für oder gegen die Regierung. Weil die Große Koalition sich selbst als Notlösung sieht und offiziell keine Verlängerung ihrer Regierungszeit anstrebt, gilt unser Interesse dem Stimmenanteil, den eine von der Kanzlerinnenpartei präferierte schwarz-gelbe Koalition im September erwarten kann.

Ob die Anhänger von Schwarz-Gelb tatsächlich auf einen Sieg hoffen können, erklären wir mit dem Zusammenwirken von lang-, mittel- und kurzfristigen Einflussfaktoren. Da ist erstens der langfristige Wählerückhalt der Regierungsparteien - gemessen als durchschnittlicher Wahlerfolg bei den vorangegangenen drei Bundestagswahlen. Hinzu kommt zweitens der mittelfristig wirksame Prozess der Abnutzung im Amt - gemessen durch die Zahl der Amtsperioden der Regierung. Drittens geht die Popularität des amtierenden Kanzlers ein - gemessen als mittlerer Wert jeweils ein und zwei Monate vor einer Bundestagswahl. Mithilfe statistischer Analyseverfahren können wir das Zusammenwirken dieser drei Faktoren und deren Gewichtung für die Stimmabgabe zugunsten einer Regierungskoalition äußerst genau bestimmen.

Abgesehen vom Zustimmungswert für die Kanzlerin kurz vor der Wahl liegen alle für unser Modell benötigten Daten bereits vor. Weil dieser Wert noch fehlt, ist es noch nicht möglich, schon heute eine exakte Prognose für den Ausgang der Bundestagswahl im Herbst zu erstellen. Diese kann es nach der Logik unseres Modells erst Mitte August geben. Allerdings können wir auf Grundlage hypothetischer Popularitätswerte der Kanzlerin, die sie kurz vor der Wahl im Vergleich zu ihrem Herausforderer genießen könnte, schon heute sehen, welches Ergebnis unser Modell dann vorhersagen würde.

Nach den letzten veröffentlichten Politbarometern vom Mai und Juni liegt die Zustimmungsrate für Merkel bereinigt um die Unentschlossenen bei 65 Prozent. Herausforderer Steinmeier rangiert dagegen nur bei 35 Prozent. Blicke es bei diesen Werten, würde unser Prognosemodell komfortable 50,6 Prozent für das schwarz-gelbe Lager vorhersagen. Damit würde es für einen Regierungswechsel für eine CDU/CSU-FDP-Koalition nach der Wahl im September reichen.

Eines ist jedoch klar: Je populärer der Herausforderer im Vergleich zur Kanzlerin wird, umso eher verdüstern sich die schwarz-gelben Erfolgsaussichten für den 27. September. Liegt Merkels Popularität unter 55 Prozent, dann rät unser Modell davon ab, auf eine CDU/CSU-FDP Regierung zu setzen. In diesem Fall können nur noch Überhangmandate eine Mehrheit der Sitze im Bundestag sichern. Ansonsten kämen andere Koalitionsoptionen

ins Spiel.

Allerdings sagt unser Verfahren einer schwarz-gelben Koalition einen Sieg voraus, solange die Kanzlerin über eine Unterstützung von mindestens 60 Prozent verfügt. Ein solcher Wert scheint mit Blick auf die aktuellen Werte möglich. Es ist aber keinesfalls sicher, dass sich Merkels Popularität bis zur Wahl hält. Zum Vergleich: Der letzte christdemokratische Kanzler, Helmut Kohl, konnte mit Ausnahme der ersten gesamtdeutschen Wahl 1990 nie einen solch großen Zuspruch erreichen.

Liegen Merkels Popularitätswerte zwischen 55 und 60 Prozent, kommt es nicht nur auf die Kanzlerin an, wie der alte CDU-Werbeslogan ("Auf den Kanzler kommt es an") heute heißen müsste, sondern auch auf die Anzahl der Überhangmandate für die Union. Diese sind eine womöglich entscheidende Verzerrung des Ergebnisses, die in der Hektik des Wahlkampfes leicht unterzugehen droht, wenn sich die Medien und Parteiberater - wie leider oft zu erleben war - einseitig mit der Sonntagsfrage beschäftigen.

Aus der FTD vom 20.07.2009

© 2009 Financial Times Deutschland, © Illustration: dpa, AP

ZUM THEMA

- [Aufgaben für die nächste Regierung: Unter der Last des Defizits](http://www.ftd.de/politik/deutschland/:Aufgaben-f%FCr-die-n%E4chste-Regierung-Unter-der-Last-des-Defizits/542424.html)
(<http://www.ftd.de/politik/deutschland/:Aufgaben-f%FCr-die-n%E4chste-Regierung-Unter-der-Last-des-Defizits/542424.html>)
- [Einigkeit in der Politik: Große Koalition gegen Opel-Bieter RHJ](http://www.ftd.de/unternehmen/autoindustrie/:Einigkeit-in-der-Politik-Gro%DFe-Koalition-gegen-Opel-Bieter-RHJ/540801.html)
(<http://www.ftd.de/unternehmen/autoindustrie/:Einigkeit-in-der-Politik-Gro%DFe-Koalition-gegen-Opel-Bieter-RHJ/540801.html>)
- [Leitartikel: Wahlkampf - darf's etwas mehr sein?](http://www.ftd.de/meinung/kommentare/:Leitartikel-Wahlkampf-darf-s-etwas-mehr-sein/539703.html)
(<http://www.ftd.de/meinung/kommentare/:Leitartikel-Wahlkampf-darf-s-etwas-mehr-sein/539703.html>)
- [Genosse gegen Genosse: Steinbrück tritt Rentenstreit los](http://www.ftd.de/politik/deutschland/:Genosse-gegen-Genosse-Steinbr%FCck-tritt-Rentenstreit-los/538402.html)
(<http://www.ftd.de/politik/deutschland/:Genosse-gegen-Genosse-Steinbr%FCck-tritt-Rentenstreit-los/538402.html>)